

Finanzdirektion des Kantons Bern  
Münsterplatz 12  
3011 Bern

Mail: reto.burn@fin.be.ch

Bern, 16. Dezember 2015

## **Vernehmlassungsantwort zur Steuerstrategie**

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die BDP Kanton Bern bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme zur Steuerstrategie.

Grundsätzlich wertet die BDP die Tatsache positiv, dass sich der Kanton Bern eine Steuerstrategie gibt. Wir können die vorliegende Steuerstrategie im Grundsatz unterstützen und zeigen auch Verständnis für einzelne, vorgeschlagene Massnahmen. Jedoch können wir nicht alle Vorschläge unterstützen. Die vorliegende Steuerstrategie zeigt auf, welchen finanziellen Spielraum der Kanton Bern in Zukunft hat und wo die Grenzen der Handlungsfähigkeit sind. Für künftige Planungen im Bereich der Finanzen bildet die vorliegende Strategie eine wichtige Grundlage. Wir sind mit Ihnen einverstanden, dass die Strategie regelmässig überprüft und angepasst werden muss.

Inhaltlich vermag die Steuerstrategie nicht in allen Punkten zu befriedigen. Positiv wertet die BDP die Reaktion in der Steuerstrategie auf die Unternehmenssteuerreform III. In diesem Bereich können wir Erleichterungen für Unternehmen in der Tarifstufe III begrüssen. Allerdings fehlen uns Massnahmen im Bereich der Steuern für natürliche Personen. Der Kanton Bern liegt im Steuerranking bei den natürlichen Personen fast am Schluss der Rangliste. Anstelle des geplanten Schuldenabbaus würden wir das Schwergewicht der Steuerstrategie eher auf die Reduktion der Steuerlast bei natürlichen Personen legen. Mit der vorliegenden Steuerstrategie kann der Kanton Bern seine Attraktivität als Wohn- und Arbeitskanton kaum verbessern.

Mit der vorgeschlagenen Gegenfinanzierung bezüglich der Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern zeigt die Regierung, dass sie den Volkswillen der Abstimmung vor zwei Jahren missachtet, was wir nicht nachvollziehen können. Auch wenn sich die BDP damals gegen die Senkung der Motorfahrzeugsteuern ausgesprochen hat, ist der Volkswille zu respektieren.

### **1. Vorschläge der BDP**

- Entlastung der Bürger durch eine stufenweise Senkung der Steueranlage für natürliche Personen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten, ohne dass deswegen ein Sparpaket geschnürt werden muss
- Anpassung der Gewinnsteuern der Stufe III als Gegenreaktion auf die Unternehmenssteuerreform III
- Ausgabesteigerung in der Verwaltung begrenzen im Maximum im Rahmen der Einnahmenerhöhung
- Aufgabenüberprüfung in der ganzen Verwaltung, allenfalls Aufgabenabbau
-

## **2. Stellungnahme zu den einzelnen Massnahmen**

### **Pkt. 5.1. Gewinnsteuer**

Wir begrünnen die Anpassung der Gewinnsteuer bei der Tarifstufe III. Jedoch würden wir die Variante 2 bevorzugen. Damit entlasten wir die Unternehmen um knapp CHF 150 Mio. pro Jahr (ab 2021). Mit dem Steuersatz von 17.69% liegen wir auf dem 16. Rang und somit im Mittelfeld der Kantone. Eine weitere Senkung nach Variante 1 würde den Kanton lediglich um 3 Ränge besser klassieren aber zusätzlich fast CHF 60 Mio. pro Jahr kosten.

### **Kap. 7.3. Anpassung des Kapitalsteuertarifs**

Diese Massnahme können wir unterstützen. Die Kapitalsteuer beträgt innerhalb der Steuereinnahmen beim Kanton weniger als 1%. Somit hat diese Anpassung kaum grössere Auswirkungen auf die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung des Kantons.

### **Kap. 7.4. Erhöhung des Drittbetreuungsabzuges**

Der Grosse Rat hat den Drittbetreuungsabzug in der September – Session von Fr. 3'100.- auf Fr. 8'000.- pro Kind erhöht. Dieser Erhöhung hat die BDP unisono zugestimmt. Eine weitere Erhöhung auf den Bundestarif wäre unserer Ansicht nach wünschenswert. Bereits in der Steuergesetzrevisions-Debatte hat die BDP einen Antrag zur Erhöhung auf Fr. 10'000.00 eingereicht. Der Vorstoss wurde aber dann zu Gunsten des mehrheitsfähigen Antrages von Fr. 8'000.00 zurück gezogen. Die zusätzlichen Kosten sind mit CHF 5 Mio. pro Jahr nicht sehr relevant, bringen aber für die Wirtschaft doch eine Verbesserung indem die Mütter schneller wieder in den Arbeitsprozess integriert werden können. Vermutlich wiegen die vermehrten Steuereinnahmen des Kantons die Mehrausgaben sogar auf.

### **8.1. Senkung Gewinnsteuertarif**

Im Grundsatz unterstützt die BDP diese Massnahmen und favorisiert die Variante 2 mit der milderen Anpassung.

Wir sind überzeugt, dass wegen der Differenz von CHF 60 Mio. kaum Unternehmen oder Holdinggesellschaften den Kanton verlassen. Ausserdem liegen lediglich 20% der Unternehmen in der Tarifstufe III. Rund 80% sind von dieser Massnahme nicht betroffen.

### **8.2. Senkung des Kapitalsteuertarifs**

Die BDP ist mit dieser Massnahme einverstanden und kann sie unterstützen.

### **9.2.1. Ausgleichszahlung des Bundes für die USR III**

Obwohl die Vorlage in den Eidgenössischen Räten noch nicht endgültig verabschiedet worden ist, können wir hoffen, dass das Gesetz gemäss Vorlage umgesetzt wird. Demnach ist der Kanton Bern auf die Ausgleichszahlung von voraussichtlich CHF 47 Mio. pro Jahr angewiesen. Die Steuerausfälle sowohl in der Variante 1 wie auch in der Variante 2 sind wesentlich grösser als die jährlichen Ausgleichszahlungen.

### **9.2.2. Anpassung der Motorfahrzeugsteuer**

Diese Gegenfinanzierung lehnt die BDP grundsätzlich ab. Das Volk hat in einer umstrittenen Abstimmung der Senkung der Motorfahrzeugsteuern zugestimmt. Es wäre ein Affront gegen den Volkswillen, diese Abstimmung zu ignorieren und nach kurzer Zeit den Beschluss schon wieder rückgängig zu machen. Das widerspricht jeglichem Demokratieverständnis. Diese Massnahmen können wir nicht unterstützen und bitten Sie, aus politischen Überlegungen darauf zu verzichten.

### **Neubewertung der Liegenschaften**

Obwohl die BDP eine Neubewertung im Rahmen des ASP mehrheitlich abgelehnt hat, können wir dieser Massnahme im Rahmen der Steuerstrategie zustimmen. Die letzte Bewertung liegt bereits 15 Jahre zurück. In dieser Zeit haben sich die Werte der Liegenschaften angepasst. Mit einer Neubewertung werden die Vermögenswerte der Liegenschaftsbesitzer aktualisiert und an die herrschenden Verhältnisse angepasst, indem sich die Amtlichen Werte und Eigenmietwerte erhöhen werden woraus höhere Vermögens-, Einkommens- und Liegenschaftssteuern resultieren werden.

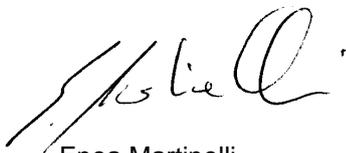
### 3. Zusammenfassung

Im Grundsatz kann die BDP die Erarbeitung einer Steuerstrategie unterstützen. Die vorgeschlagenen Massnahmen gehen grösstenteils in die richtige Richtung. Die BDP favorisiert im jetzigen Zeitpunkt eine Steuersenkung für juristische wie auch für natürliche Personen gegenüber dem Schuldenabbau. Mit dem durchschnittlichen Finanzierungssaldo für die Jahre 2016 – 2019 (gem. S/62 der Vorlage) kann bereits eine Steuersenkung von 0,5 Zehntel gegenfinanziert werden. Die vorgeschlagenen Gegenfinanzierungen in der vorliegenden Steuerstrategie vermögen nicht vollständig zu überzeugen.

Die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer lehnen wir kategorisch ab. Die Neubewertung der Liegenschaften können wir nach 15 Jahren akzeptieren. Wir empfehlen mit einer erneuten Aufgabenüberprüfung in der Verwaltung den nötigen Finanzierungsspielraum auszuloten, um einerseits die Bürger im Kanton Bern steuerlich zu entlasten und andererseits den Kanton Bern als Standortkanton für Bürger und für Unternehmen attraktiver zu machen.

Wir bitten Sie, unsere Stellungnahme in der endgültigen Ausgestaltung der Steuerstrategie zu berücksichtigen und die von uns vorgeschlagenen Massnahmen zu realisieren. Gerne stehen wir Ihnen für eine Besprechung oder für Erläuterungen zu unserer Stellungnahme zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Enea Martinelli  
Präsident BDP Kanton Bern



Michael Kohler  
BDP Kanton Bern